

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB warnt davor, die Institution des Parlamentarischen Staatssekretärs zu entwerten: Die Inflation der Parlamentarischen Staatssekretäre. Seite 1

Dr. Heidi Streletz MdL warnt vor bayerischen Hysterikern: Klappern gehört zum Handwerk - oder: Aids-Kranke mit der Kalpper? Seite 3

Heinke Salisch MdEP verlangt ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen synthetische Drogen: Der „Cosmic Space“ ist kein Paradies. Seite 4

Florian Gerster MdB weist auf kurzfristige Weichenstellungen im Verteidigungsministerium hin: Wehrstrukturkommission ist unumgänglich. Seite 5

Peter Conradi MdB setzt sich für eine Versachlichung des Streits um die Ladenschlußzeit ein: Ausländische Beispiele studieren. Seite 6

42. Jahrgang / 69

9. April 1987

### Die Inflation der Parlamentarischen Staatssekretäre

Von der Entwertung einer Institution

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Seit gut 20 Jahren gibt es die Institution des Parlamentarischen Staatssekretärs in der Bundesregierung. Sie hat sich im Prinzip bewährt und ist ein fester Bestandteil des Bonner politischen Systems geworden.

Der Aufgabenbereich der „Parlamentarischen“ reicht - in Abhängigkeit vom jeweiligen Ressort und seinen aktuellen Aufgaben und von der Aufgabenteilung mit dem Ressortchef - von der politischen Vertretung und Entlastung des Ministers bis zur Wahrnehmung von Projektaufgaben und der selbstverantwortlichen Leitung ganzer Teile eines Ministeriums. Es hat sich gezeigt, daß angesichts der zweifellos größer gewordenen Vielfalt und Komplexität politisch-administrativer Führungsaufgaben Parlamentarische Staatssekretäre prinzipiell in allen Ministerien von Nutzen sind.

Die sozialliberale Koalition ist entsprechend, aber maßvoll, mit dieser Institution umgegangen.

Die damalige Opposition und heutige Regierungspartei CDU/CSU hat vor der Wende eine drastische Reduzierung der Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre gefordert. Sie hat in dieser Frage im wahrsten Sinne des Wortes eine „Wende“ vollzogen. Statt gemäß ihren oppositionellen Vorschlägen zu handeln hat sie die Zahl der „Parlamentarischen“ inflationiert: In der Amtszeit von Helmut Kohl sind sieben zusätzlich hinzugekommen.

Diese unmäßige Vermehrung ist nicht an politischen Aufgaben orientiert. An Zeit, Ressortverteilung und Personenauswahl ist deutlich zu erkennen, daß hier eine politische Institution dazu benutzt worden ist, regionale, politische und andere Proporz herzustellen - Parlamentarische Staatssekretäre sozusagen als Puffer für nicht gelöste Integrationsaufgaben von Parteiführung und Regierungsbildung.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mfl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
by the printer Rudolf  
Kocher-Papier



Man kann hinzufügen: Nicht einmal dieses ist gelungen, wie sich an der Zahl der Koalitionsabgeordneten ablesen läßt, die Helmut Kohl ihre Stimme bei der Kanzlerwahl verweigert haben.

Noch eins ist bedenklich: Nach dem Willen des Gesetzgebers sind die „Parlamentarischen“ ihrem Minister zugeordnet und sollen ihm zuarbeiten. Dies setzt ein enges Vertrauensverhältnis voraus, das seinen Ausdruck auch darin findet, daß das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs nicht an den Bestand der Regierung, das heißt den Kanzler, gebunden ist, sondern an die Person des jeweiligen Ressortministers und sie auch von diesem verteidigt werden.

Darin kann eingeschlossen sein, daß ein Minister seinen „Parlamentarischen“ nicht nach freiem Gutdünken, sondern unter Berücksichtigung der politischen Landschaft, in der er sich bewegt, und in Abstimmung mit dem Kanzler auswählt.

Das, was bei der Bildung des amtierenden Kabinetts Kohl geschehen ist, ist aber mit dem Geist des Gesetzes und dem politischen Sinn der Institution Parlamentarischer Staatssekretär nicht mehr vereinbar:

Manche „Parlamentarischen“ sollen ihren Minister nicht unterstützen, sondern sie kontrollieren.

Manche sind nur deshalb ernannt worden, weil eine der drei Koalitionsparteien auch in diesem, einer anderen Koalitionspartei zugesprochenen Geschäftsbereich, vertreten sein wollte.

Manche Minister haben den Medien entnehmen müssen, wer „ihr“ Parlamentarische Staatssekretär werden soll.

Dies zeigt einen liederlichen Umgang mit dem noch relativ jungen Gefüge unseres parlamentarischen Systems. Es hilft auch nicht, daß dieses Kabinett sozusagen nur auf Abruf amtiert und sein Chef einen Umbau und eine „Kabinettsreform“ nur einen Tag nach der Bildung dieser Regierung angekündigt hat. Wir haben eine Regierung, die lautstark gegen Bürokratie und Bürokratismus zu Felde zieht und in ihrem ureigensten Bereich, dem des Kabinetts, das Gegenteil tut.

Dieses Verhalten erinnert an den alten Spruch: „Sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser!“

(-/9.4.1987/vo-he/st)

\* \* \*



Klappern gehört zum Handwerk - oder: Aids-Kranke mit der Klapper?

Angst und Hysterie helfen niemandem

Von Dr. Heidi Streletz MdL  
Stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende

Aids ist eine Krankheit mit zum Teil sehr langem Verlauf, bisher noch ohne Heilungschancen und mit hoher Ansteckungsgefahr in der Zeit, wenn ein Kranker infiziert ist, aber der schwere Ausbruch der Krankheit noch nicht deutlich geworden ist.

Es ist bedauerlich, wenn der Bevölkerung vorgegaukelt wird, stramme Muskeln und harte Sprüche seien Erfolge im Kampf gegen Aids. Bayern - oder besser die Regierungsmänner in Bayern - spielen Vorreiter in einer Linie, die im Ergebnis weniger bringt als Information, Aufklärung und Hilfe für Betroffene.

Im Mittelalter mußten Aussätzige in Ghettos leben. Wenn sie durch die Straßen gingen, hatten sie eine Klapper, damit jeder hörte, daß ein Lepra-Kranker kam und sich in Sicherheit bringen konnte. Damals wie heute bei Aids leider schon wieder ein falscher Ansatz für „Schutz“ der Gesunden. Im 3. Reich wurden unheilbar Kranke der Endlösung zugeführt. Hilfe gab es nicht. Sollen auch heute Aids-Kranke wieder ohne Hilfe bleiben?

Angst und Hysterie haben immer wieder falsche Maßnahmen verursacht. Auf jeden Fall waren sie nie Hilfe für die Betroffenen, auf jeden Fall haben sie nie zur Aufklärung, Vorbeugung oder gar rationalem Handeln beigetragen.

Aids-Infizierte, die noch viele Jahre klinisch gesund sind, arbeiten können ohne Gefahr für ihre Mitmenschen und Kollegen nicht zur Arbeit zulassen? Wie wird dann Bayern verfahren mit denen, die schon Beamte sind? Ist die Infektion mit Aids ein Entlassungsgrund? Und welche Kosten entstehen durch notwendige Sozialhilfe? Es wird viele Menschen geben, die nicht zur Untersuchung gehen, die andere mehr gefährden, als wenn sie zu Beratungen ohne Angst gehen können. Zwangsuntersuchungen sind ebenfalls kein geeignetes Mittel. Antikörper nach Aids-Infektion bilden sich erst später, frühestens sechs Wochen danach. Dazwischen kann ein Infizierter trotzdem andere anstecken. Zwangsuntersuchungen müßten dann für alle Menschen wenigstens alle sechs Monate stattfinden. Ein echter Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, der keinem Hilfe gibt oder Vorbeugung leistet.

Und wer soll als „Einwanderer“ nach Bayern untersucht werden? Konsequenter wäre: Alle Nicht-Bayern. Das geht nicht. Also werden Bundesbürger und EG-Staatler ausgenommen. Auch, die zum Beispiel geschäftlich oder im Urlaub in „infizierte Länder“ reisen? Eigentlich müßte dann jeder Sport mit Teilnehmern oder Teilnehmerinnen aus anderen Ländern verboten werden. Sollen von diesen Einwanderungs-Zwangs-Untersuchungen Staatsmänner ausgenommen werden, die Bayern besuchen? Eigentlich hätte Strauß Honecker mitteilen müssen, daß er ohne Zwangsuntersuchung nicht nach Bayern darf.

Es gibt also viele Ungereimtheiten im sogenannten Maßnahmenkatalog der Bajuwaren-Männer. Selbst in Hessen wollen kommunale CDU-Fraktionen ihre Städte zu Sperrgebieten erklären, um über das Verbot der Prostitution etwas gegen Aids zu tun. Prostitution hat es immer gegeben, aber sie entsteht doch wohl nicht, weil Frauen es beginnen, sondern weil bei Männern entsprechende Bedürfnisse entstehen. Ob da nicht gerade solche dabei sind, die öffentlich Sperrgebiete fordern?

Wünschenswert wäre: Weniger klappern, weniger aufgeplusterte Pseudo-Muskel-Protzerei, aber viel Aufklärung, Hilfe, Informationen und vor allem keine Ausgrenzung von sogenannten Randgruppen. In dieser Beziehung täte ein Blick in die Vergangenheit gut. Die Gnade der späten Geburt ist hier keine Entschuldigung.

(-/9.4.1987/vo-he/st)



Der „Cosmic Space“ ist kein Paradies

Verstärktes Aufkommen synthetischer Drogen stellt europaweit eine neue Bedrohung dar

Von Heinke Salisch MdEP

Das verstärkte Aufkommen synthetischer Drogen eröffnet eine völlig neue Dimension des Drogenproblems und stellt europaweit eine neue Bedrohung in der Rauschgiftszene dar. Mit großer Sorge muß deshalb nicht nur eine rein zahlenmäßige Zunahme, sondern vor allem auch eine qualitative Verhärtung und Verschärfung des Rauschgiftproblems befürchtet werden. Jetzt stehen wir noch am Anfang einer Entwicklung und müssen deshalb rasch handeln und alles tun, damit sich diese äußerst gefährliche Situation nicht wie ein Flächenbrand ausweitet.

Der Drogen-Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments hat sich bisher - auch nicht in seinem im letzten Jahr vorgelegten Bericht - nicht mit dieser neuen Herausforderung beschäftigt. Daher habe ich auch den wohl bekanntesten Fachmann in Europa auf dem Gebiet der Synthetischen Drogen, Kriminaldirektor Klaus Mellenthin vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg, das als erste und bisher einzige europäische Polizeibehörde hierfür ein eigenes Sonderdezernat eingerichtet hat, zu einer informellen Sitzung des Drogen-Ausschusses nach Straßburg eingeladen.

Noch liegt der Schwerpunkt der von kriminellen Chemikern hergestellten Rauschgifte nach Aussagen der Drogen-Experten bei dem gefährlichen Aufputzmittel „Speed“. Aber immer öfter tauchen völlig unberechenbare Stoffe auf, die unter anreizenden und neugierig machenden Phantasienamen wie XTC, „Adam und Eva“ oder „Cosmic Space“ in der Szene weitergegeben werden. Diese Rauschgifte sind um ein Vielfaches wirksamer als die bisher bekanntgewordenen Mittel und damit auch entsprechend gefährlicher.

Leider ist es so, daß die Herstellung relativ einfach und unauffällig möglich ist, und die Grundstoffe oft frei verfügbar sind. Der Schmuggel fällt weg und damit die Möglichkeit, bei Grenzkontrollen Rauschgifthändlern auf die Spur zu kommen. In den Labors wird erstmals in Europa für den europäischen Bedarf produziert. Hinzu kommt, daß mit einer geringfügigen Veränderung des Molekularaufbaus eines Stoffes ein neues Produkt entsteht, welches dann nicht mehr beispielsweise dem deutschen Betäubungsmittel-Gesetz unterliegt. Diese sogenannten „Designer-Drogen“ haben infolgedessen unberechenbare Nebenwirkungen und sind äußerst gefährlich. Heute sind es noch fast ausschließlich Einzeltäter, die in zum Teil primitiven Labors Amphetamin, Designer-Drugs und auch schon Retorten-Rauschgift herstellen oder dies jedenfalls versuchen.

Wer heute über Drogen spricht, begibt sich auf gefährliches Gebiet. Es gibt in der politischen Diskussion nur wenige Themen, die so emotional besetzt und behandelt werden wie der Umgang mit Drogensüchtigen und den Problemen, die der ständig zunehmende Drogenkonsum für unsere Gesellschaften mit sich bringt. Dazu gehört die Beschreibung der Drogenprobleme auf drei Ebenen - der Ebene der individuellen Erfahrung mit Drogen, der Ebene, auf der es um die dramatischen Folgen von illegalem Konsum geht, und schließlich die Ebene der Institutionen, die sich von Demokratisierung und Korruption bedroht sehen angesichts der Entwicklung eines kapitalkräftigen und international organisierten Drogenhandels.

Ein weiterer Ansatz einer neuen Politik wäre die Erforschung, Offenlegung und Diskussion aller mit der Illegalität von Drogen verbundenen Probleme. Nur wenn wir den Mut haben, die Drogenprobleme aus der Dunkelzone der Tabus zu holen, nur bei Normalisierung unserer Annäherung an das Drogenthema, könnte auch ein neuer Weg in den Bereichen Rehabilitation, Ausbildung und Aufklärung gelingen. Wir brauchen eine stärkere Aufklärung und eine Konfrontation der Gesellschaften in der Europäischen Gemeinschaft mit dem Drogenproblem. Man kann es nicht einfach tabuisieren und es lediglich der Polizei überlassen.

Gerade die synthetischen Drogen, die im Gegensatz zu den bisher bekannten Rauschgiften nicht „Aussteiger-“ sondern „Einsteiger-Drogen“ sind, stellen eine große Herausforderung an Politik und Gesellschaft. Wenn wir diese Herausforderung nicht annehmen, sondern mit den seitherigen Methoden ihrer Herr zu werden versuchen, werden diese künstlich hergestellten und schon weit verbreiteten Drogen schon sehr bald zu vermutlich irreversiblen Folgen führen. (-/9.4.1987/va-he/st)

\* \* \*



Wehrstrukturkommission ist unumgänglich

Verkrampfte Notlösungen helfen nicht

Von Florian Gerster MdB

Die von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung 1970 eingesetzte Wehrstrukturkommission hat in ihrem 1972 vorgelegten Bericht Empfehlungen gegeben, die zum Teil heute noch von Interesse sind: So der Vorschlag, in einem Truppenversuch die Einführung einer „Milizkomponente“ in der Bundeswehr zu prüfen. Während damals die Wehrgerechtigkeit angesichts starker Jahrgänge ein Untersuchungsschwerpunkt gewesen ist, muß es für eine neue Wehrstrukturkommission um die Gewährleistung einer hinreichenden Friedenspräsenz vor dem Hintergrund eines drastisch verkleinerten Wehrpflichtigenaufkommens gehen.

Die Regierungskoalition wäre gut beraten, die Forderung nach einer Wehrstrukturkommission für die Bundeswehr der 90er Jahre mitzutragen, da ihre bisherige Bundeswehrplanung eine phantasielose und verkrampfte Notlösung ist, die Friedenspräsenz von 495.000 (angeblich) aufrecht zu erhalten. Bei näherem Besehen allerdings sind verschiedene Rechenkunststücke kaum praxistauglich: So die Annahmen über dauerhaft geringe Verweigerer-Quoten, über die Einschränkung alternativer Dienstleistungen (zum Beispiel im Katastrophenschutz) und die Belastung von Truppenalltag und zivilem Arbeitsleben durch eine extreme Übungsbeanspruchung von Reservisten.

Eine Wehrstrukturkommission muß sich mit realistischen Alternativen für die Bundeswehr der 90er Jahre befassen, statt - wie das Bundesverteidigungsministerium - Strukturen einfach fortzuschreiben.

Der Auftrag für eine Kommission aus unabhängigen Sachverständigen muß umfassen:

- Gewährleistung einer hinreichenden Friedenspräsenz der Streitkräfte ohne (weitere) Erhöhung der Grundwehrpflichtdauer;
- Entwicklung einer Milizkomponente, vor allem als abwehrstarke Heimatschutzorganisation;
- Entwicklung eines zukunftsweisenden Reservistenkonzepts;
- Gesamtkonzept für die zukünftige Struktur und Bewaffnung deutscher und alliierter Streitkräfte gemäß dem Prinzip der Denuklearisierung Mitteleuropas und der beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit.

(-/9.4.1987/vg-he/st)

\* \* \*



**Ausländische Beispiele studieren!**

**Zur Diskussion über die Ladenschlußzeiten**

Von Peter Conrad MdB

Wie zu erwarten war, hat die CDU/CSU/FDP-Koalition nach der Bundestagswahl die Ladenschlußzeiten wieder ins Gespräch gebracht: An einem Abend der Woche sollen die Läden und öffentlichen Dienststellen mit Publikumsverkehr länger geöffnet haben.

Es ist verständlich, daß viele Verbraucher längere Ladenöffnungszeiten wünschen. Einkaufen ist für manche Menschen nicht nur Bedürfnis-Befriedigung, sondern Freizeit-Erlebnis. Ob das allerdings eine Lockerung der Ladenschlußzeiten rechtfertigt?

Gegen die Lockerung der Ladenschlußzeiten stehen die berechtigten Befürchtungen der Arbeitnehmer, eine Verlängerung der Öffnungszeiten werde zu ihren Lasten gehen. Die Teilzeitarbeit - vor allem von Frauen - im Einzelhandel ist meist tariflich und rechtlich unzureichend abgesichert. Besonders schlimm wird mit den Abrufräften umgegangen, die oft in geradezu frühkapitalistischer Manier behandelt werden.

Es ist offenkundig, daß jede Lockerung der Ladenschlußzeiten sich gegen die Arbeitnehmer im Einzelhandel richtet, wenn mit einer solchen Lockerung nicht strenge gesetzliche Schutzbestimmungen getroffen werden, die diese Arbeitnehmer besser schützen als bisher, zum Beispiel ihren Anspruch auf Tariflohn, auf Urlaub, auf Erholungszeiten, auf Ausbildung, auf beruflichen Aufstieg und gewerkschaftliche Vertretung.

Zu den Bedenken der Arbeitnehmer kommen die Sorgen der kleinen und mittleren Einzelhändler, die bei einer Lockerung der Ladenschlußzeiten die zunehmende Verdrängung durch die großen Kaufhäuser befürchten.

Die Argumente für und gegen eine Lockerung der Ladenschlußzeiten sind in den letzten Jahren häufig wiederholt worden. Es wäre vernünftig, diese Argumente in der Praxis zu überprüfen. In einer Reihe unserer Nachbarländer sind die Ladenschlußzeiten nicht so streng festgelegt wie bei uns. Da bietet es sich doch an, die Auswirkungen in diesen Ländern gründlich zu überprüfen, bevor das Ladenschlußgesetz bei uns geändert wird.

In Schweden beispielsweise wurde das Gesetz über die Regelung der Geschäftszeiten von einer sozialdemokratischen Regierung 1972 nicht mehr erneuert. Wir sollten die Auswirkungen dieser Entscheidung gründlich prüfen: Hat sich der Konzentrationsprozeß im Einzelhandel dadurch beschleunigt oder verlangsamt? Wie haben sich die Umsätze im Einzelhandel entwickelt und wie verteilen sie sich auf die Verkaufszeiten? Wie haben sich die erweiterten Öffnungszeiten für das Verkaufspersonal ausgewirkt? Was sagen die Gewerkschaften, was sagt der Einzelhandel, was sagen die Verbraucherverbände?

Die Bundesregierung wäre gut beraten, vor einer Änderung des Ladenschlußgesetzes eine gründliche Untersuchung in einigen Nachbarländern - darunter Schweden - anzustellen und die beteiligten Gewerkschaften, die Einzelhandelsverbände und die Verbraucherverbände an der Vorbereitung und Durchführung der Untersuchung zu beteiligen. Das wäre für die Beratung der geplanten Lockerung der Ladenschlußzeiten vernünftiger als die Wiederholung altbekannter Argumente dafür und dagegen.

(-/9.4.1987/vo-he/st)

\* \* \*

